

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Sigrid Maurer, Freundinnen und Freunde

betreffend interkulturelle Unterstützungsteams für Schulen

BEGRÜNDUNG

In den letzten Jahren beobachten wir an vielen Schulen ein zunehmend beunruhigendes Verhalten: Immer öfter maßen sich Burschen an, ihren Mitschülerinnen vorzuschreiben, wie sie sich zu kleiden, zu verhalten oder zu äußern haben. Unter Berufung auf moralische, (ehr)kulturelle oder religiöse Vorstellungen wird Druck ausgeübt – offen oder subtil, im Unterricht wie im Alltag. Dieser Druck wird oft auch durch das familiäre Umfeld oder durch Gleichaltrige verstärkt. Für viele junge Frauen bedeutet das eine massive Einschränkung ihrer persönlichen Freiheit, Selbstbestimmung und Gleichberechtigung. Es entsteht ein Klima der Kontrolle und Einschüchterung, das in einer offenen und gleichberechtigten Gesellschaft keinen Platz haben darf.

Kein Mädchen darf gezwungen werden, ein Kopftuch zu tragen – weder durch seine Familie noch durch Druck von männlichen Mitschülern. Dieses Problem ist in Schulen real vorhanden und erfordert konkrete, praxisnahe Maßnahmen. Ein Verbot des Kinderkopftuchs allein kann die Gleichberechtigung und den Schutz junger Mädchen nicht garantieren. Dazu braucht es Unterstützung direkt vor Ort, die Schülerinnen schützt, Lehrkräfte stärkt und Schulen entlastet. Begleitmaßnahmen, wie die Arbeit mit jungen Burschen, sind sinnvoll, reichen aber nicht aus. Schulen müssen bei akuten Herausforderungen – sei es in Bezug auf Diskriminierung, kulturelle Spannungen oder Fragen der Gleichstellung – professionell unterstützt werden, statt diese Probleme alleine lösen zu müssen.

Es ist also notwendig, auf Ebene der Bildungsdirektionen ein mobiles interkulturelles Unterstützungsteam einzurichten, ähnlich wie dies 2015 im Zuge der Syrienkrise erfolgt ist. Diese Teams sollen multiprofessionell zusammengesetzt sein, u. a. mit Expertise in Schulsozialarbeit, Psychologie, Interkulturalität, Gleichstellung und Religionspädagogik. Auch die Glaubensgemeinschaften, insbesondere die IGGÖ, sollen dabei eingebunden werden, um ein konstruktives, dialogisches Vorgehen zu gewährleisten. Die Teams sollen bei akutem Bedarf direkt an Schulen entsendet werden können und sowohl die Schulgemeinschaft als auch bei der Elternarbeit unterstützen. Ziel ist es, die Schulen mit gezielter Einzelfallarbeit vor Ort zu stärken, Lehrkräfte sowie Schulleitungen zu beraten und Präventionsmaßnahmen, (aufsuchende) Elternarbeit sowie Vernetzungstätigkeiten zu leisten. Mädchen sollen

damit vor Druck und Diskriminierung geschützt, Gleichstellung aktiv gefördert und Lehrkräfte entlastet werden.

Nur mit einem solchen strukturellen Ansatz können Schulen zu sicheren Orten werden, an denen alle Kinder gleichberechtigt gefördert werden, kulturelle Vielfalt gelebt wird und Lehrkräfte nicht allein gelassen werden.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesminister für Bildung wird ersucht, auf Ebene der Bildungsdirektionen mobile interkulturelle Unterstützungsteams einzurichten, die Schulen bei akuten Herausforderungen im Bereich kultureller und religiöser Spannungen sowie Fragen der Gleichstellung professionell unterstützen.“

Die Teams sollen multiprofessionell und interkulturell, unter Einbindung relevanter Glaubensgemeinschaften (insbesondere der IGGÖ), zusammengesetzt werden, und bei Bedarf direkt an Schulen entsendet werden. Ziel ist es, Schulen vor Ort bei problematischen Fällen zu unterstützen, Schulleitungen und Lehrkräfte zu beraten, Präventionsarbeit gegen diskriminierende oder (ehr)kulturell motivierte Zwänge und Drucksituationen gegenüber Schülerinnen zu leisten, bei (aufsuchender) Elternarbeit zu unterstützen und Vernetzungstätigkeiten umzusetzen. Schulen und Lehrkräfte sollen damit entlastet und die Chancengerechtigkeit und Gleichstellung für alle Schülerinnen und Schüler sichergestellt werden.“

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Bildungsausschuss vorgeschlagen.

Handwritten signatures of the members of the National Council who submitted the motion. The signatures are: (SCHALLER) (left), (KUNZ) (top left), (ZÖRNER) (top center), (PRAMMER) (bottom center), and (SCHALLER) (right).

